

Kommentar

Vergangenheit, die nicht vergehen will: Namibia und Deutschland, 100 Jahre danach

Der Völkermord, den die „Schutztruppe“ 1904-08 im heutigen Namibia verübt hat, wirkt bis heute nach, von der langfristigen Traumatisierung der Nachfahren der Überlebenden bis hin zur symbolisch ebenso wie ökonomisch einschneidenden Landenteignung. Seit der Unabhängigkeit 1990 wurde verstärkt von Ovaherero, aber auch von Nama die Forderung erhoben, Deutschland sei dafür zur Verantwortung zu ziehen. Dies traf bei offiziellen Besuchen in Windhoek von Helmut Kohl über Roman Herzog zu Joseph Fischer auf überhebliche Zurückweisung, begünstigt durch eine Haltung der namibischen Regierung, die tribalistische Tendenzen durch die Begünstigung einzelner Gruppen ebenso fürchtete wie eine Beeinträchtigung ihrer staatlichen Souveränität. Das änderte sich auch nicht grundsätzlich, nachdem BMZ-Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul 2004 beim 100-Jahre-Gedenktag am Waterberg den Völkermord beim Namen genannt und um Vergebung gebeten hatte – offenkundig ohne einen Plan über die Konsequenzen zu haben und in der Annahme, solch eine Entschuldigung könne folgenlos bleiben.

In der deutschen Öffentlichkeit werden diese Fragen unter „ferner liefen“ abgehandelt, in Namibia machen sie Schlagzeilen. Lange Zeit konnte die deutsche Politik und Diplomatie zudem klammheimlich darauf setzen, dass die namibische Seite in vielerlei Hinsicht gespalten ist. Hier hat sich einiges geändert: Im Oktober 2006 verabschiedete die Nationalversammlung einstimmig eine Resolution, in der die Forderung nach deutschen Reparationen für die Nachfahren der Überlebenden des Völkermordes unterstützt wurde; im Sommer 2007 nutzte Parlamentspräsident Theo-Ben Gurirab einen Deutschlandbesuch, um einen interparlamentarischen Prozess um Versöhnung und Entschädigung anzuregen. Im Dezember 2007 erhoben traditionelle Führer von Ovaherero und Nama erstmals gemeinsam die Forderung nach Reparationen und einem gleichberechtigten Dialog.

Von deutscher Seite stehen adäquate Antworten nach wie vor aus. Es bedurfte eines Antrags der Fraktion *Die Linke*, damit der Bundestag im Juni 2007 erstmals offen über den Völkermord debattierte. Auch angesichts der deutlichen Initiativen aus Namibia ist in der deutschen Politik Bewegung in Richtung eines Dialogs, der auf ernsthafte Versöhnung zielt, vorerst im besten Fall diffus und zögerlich zu erkennen. Über hundert Jahre nach dem Völkermord bleibt die Frage, ob solche Verbrechen danach unterschieden werden, an wem sie begangen wurden.

Reinhart Kößler